

Landesbibliothek Oldenburg

Digitalisierung von Drucken

[urn:nbn:de:gbv:45:1-72552](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:gbv:45:1-72552)

Der Ammerländer

(Zersprecher Nr. 5.)

ersch. täglich mit Ausnahme des Tages nach Sonn- und Feiertagen
Preis des Vierteljahres durch die Post frei ins Haus bezogen 3,42 Mark, zum Abholen von der Post 3,00 Mark. Alle Postanstalten und Landbriefträger nehmen Bestellungen entgegen.
Eingelagerte Briefe für die einwöchentliche Kleinzeit (ober bezogen Raum) für Abtraggeber aus dem Heringsmarkt wohnende 25 Pf. Kleinanzeigen kosten 75 Pf. die Zeile.
Anzeigenannahme bis 9 Uhr vormittags am jeweiligen Dienstage; größere Anzeigen werden am Tage vorher eingegeben.
Die Rückgabe unvollständiger Exemplare wird keine Verbindlichkeit übernommen. — Jedes Anrecht auf Abdruck geht verloren, wenn Anzeigen-Bestellungen durch gerichtliche Mittheilung eingezogen werden müssen. — Nachdruck der Aufträge der Inseraten werden nach Möglichkeit berücksichtigt, eine Gewähr für den verlangten Platz wird jedoch nicht übernommen.

104

Westerstede, Dienstag den 6. Mai 1919

59. Jahrgang

Verlegung der R.V. nach Berlin. Alarmbereitschaft des Reichsparlaments.

Berlin, 3. Mai.

Der Präsident der Nationalversammlung, Friedrich Ebert, hat an die Mitglieder der Versammlung folgendes Telegramm geschickt:

Die Sitzung der Nationalversammlung am 6. Mai fällt aus, ebenso alle Fraktionsversammlungen. Der Ernst der Verhältnisse verlangt, daß sich alle Mitglieder vom 7. Mai ab zur sofortigen vorübergehenden Einberufung nach Berlin bereit halten.

Ferner ist auch die Sitzung des Haushaltsausschusses, die in Weimar stattfinden sollte, auf Mittwoch den 7. Mai nach Berlin einzuberufen worden.

Hindenburgs Rücktritt.

Der Dank des Reichspräsidenten.

Generalfeldmarschall v. Hindenburg hat im Hinblick auf die bevorstehenden Friedensverhandlungen in einem Schreiben an den Reichspräsidenten seine Entlassung gewünscht. Der Marschall hat in seinem Schreiben:

„Ich bin im Wechsel der Zeiten an der Spitze der Obersten Seeresleitung geblieben, weil ich meine Pflicht darin sah, dem Vaterlande in seiner höchsten Not weiter zu dienen. Sobald der Vorbericht geschlossen ist, sollte ich aber meine Aufgabe für erfüllt. Mein Wunsch, mich dann ins Privatleben zurückzuziehen, wird bei meinem hohen Alter allgemein verstanden werden, um so mehr, als ich heute 84, wie schwer es mir mit meinen Anfechtungen und meiner ganzen Verlässlichkeit und Vergangenheit nach geworden ist, in der jetzigen Zeit mein Amt weiter auszuüben.“

Der Reichspräsident dankte in einem Antwortschreiben dem Generalfeldmarschall namens des deutschen Volkes für die dem Vaterlande während des Krieges und in heutiger Zeit um großer Aufopferung geleisteten Dienste. Das Vaterland werde ihm nie vergessen, daß er auch in seinen schweren Not in Treue auf seinem Posten ausgehalten habe.

Die drohende Polen-Invasion.

Merkefall gegen die Gallischen Truppen.

Berlin, 3. Mai.

Wie bekanntlich erklärt wird, beruht die Note, die Staatsminister Erzberger wegen der Gefahr eines polnischen Angriffs auf deutsche Gebiete an Marschall Foch geschickt hat, auf Kabinettsbeschlüssen. Im Friedensausblick haben alle beteiligten Behörden, insbesondere auch die Oberste Seeresleitung, ihrer Überzeugung von der Notwendigkeit des Schrittes Ausdruck gegeben. Auch General Gröner hat dafür ein, den Durchzug der Gallischen Truppen sofort zu stoppen. Wenn die Polen neue Angriffe unternehmen. Weiter hat die Note auch insofern günstig gewirkt, als von Seiten der Entente betont worden ist, daß sie von einer Invasion der Polen, einen Angriff auf deutsches Gebiet zu unternehmen, nichts bekannt wäre. Es ist also anzunehmen, daß — wenn solche Absichten auf polnischer Seite bestehen — sie von der Entente nicht unterstützt werden.

Zum Friedensschluß.

Frankreichs immerwährende Angst vor Deutschland.

Paris, 3. Mai.

Die französischen Staatsmänner bestehen hartnäckig auf ihren Sondergarantien gegen Deutschland, die von Amerika offenbar unterstützt werden. In Bezug auf die Rheinprovinz sollen sehr schwere Kontrollbedingungen vorzulegen sein, so daß ein deutscher Angriff ausgeschlossen erscheint. Eine dauernde militärische Besetzung des linken Rheinufer sei indessen nicht mehr beabsichtigt. Auch ist man in Entente-Kreisen in Bezug auf die deutsche Unterzeichnung des Friedensvertrages sehr zurückhaltend. Die deutsche Finanzkommission in Versailles ist bereits vor längerer Zeit über die finanziellen Forderungen der Entente unterrichtet worden und die deutsche Kommission habe das deutsche Einverständnis grundsätzlich erkennen lassen. Eine Nachricht, die allerdings flüchtig bezweifelt werden muß.

Der Riß in der Entente.

Drohender völliger Zusammenbruch der Entente.

Paris, 2. Mai.

Wie von unrichtiger Seite betont wird, ist eine weitere Verschärfung des Konfliktes innerhalb der Entente unmerkbar und man macht sich schon mit dem Gedanken vertraut, daß das ganze Entente-Bündnis zusammenbricht. Wilson fordert aber in der Verfolgung seiner Politik auch vor dem Ausbruch nicht zurück. British Wilson und Foch ist es zu offener Feindschaft gekommen. Wilson nach einer dauernden Besetzung des linken Rheinufer. Man rechnet mit der Möglichkeit, daß eine Reihe von Einzelrieden mit Deutschland aufzunehmen, wobei Amerika und Italien vorangehen dürften.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

• Zur Heimsendung der Gefangenen aus Amerika. Wie dieses in Spaa mitteilen, daß zum Heimtransport der deutschen Gefangenen in amerikanischer Hand bereits alle erforderlichen Vorbereitungen getroffen seien. Die deutsche Regierung brauche, wenn der Zeitpunkt gekommen sei, lediglich den Bestimmungsort anzugeben.

• „Witte schön!“ Am besten Birnamens wurde die deutschen Einwohner von den Franzosen gezeugen die französischen Truppenführer zu grüßen und ihnen in Weigerung den Hut vom Kopf geschlagen. Gegen dies Verhalten wurde in Spaa energisch protestiert. Darauf General Huband erklärte: „Wie gestalten nicht das Suchen der Kopfbedeckung aufzuheben, wenn wir haben vorbeiziehen. Bei uns in Frankreich nimmt jeder Mann den Hut ab, und die Frauen betreten sich. Wer das nicht tun will, kann zu Hause bleiben und braucht sich diese Vorbereitungen nicht anzusehen.“ Als General v. Hammerstein sich damit nicht zufrieden erklärte und auf das völkerrechtswidrige Verfahren hinwies, seinen Protest ausreicht erhielt, bekam er von Huband die laconische Antwort: „Witte schön!“ — Das was man eine gute Kinderstube nennt, scheint der Franzose nicht genossen zu haben.

• Die christlichen Bergarbeiter gegen die Streiks. In Gelsenkirchen wurde in einer Versammlung des Gewerkschafts christlicher Bergarbeiter Deutschlands ein Entschluß gefaßt, gegen den Streik der Arbeiter und Bergarbeiter und Volkswirtschaft bezeichnet werden. Niemand sollte sich aufstößig machen von den gewerkschaftlichen Streikgebern mitbrauchen lassen.

• Ein deutscher Gesandter beim Vatikan. Die Germania schreibt: „Wie mit Bestimmtheit verlautet, wird in Zukunft nicht nur Preußen, sondern auch das Reich einen Gesandten beim Vatikan haben. Die Zweckmäßigkeit, je Notwendigkeit dieser diplomatischen Mission, für die wir in der Germania schon seit Jahren eingetreten sind, hat sich während des Krieges zur Evidenz erwiesen.“

• Der ehemalige Kaiser Wilhelm sollte nach einer Vertrauenskorrespondenz die Absicht kundgegeben haben, nach Deutschland zurückzukehren. Wie wir erfahren, ist der Reichsregierung von einem solchen Plane nicht das geringste bekannt.

• Das zukünftige Schicksal Kianichschon soll im Friedensvertrag ganz nach den Wünschen Japans geregelt werden. Die chinesischen Delegierten zur Friedenskonferenz sollen deshalb auf das äußerste aufgebracht sein.

• Eine Reichsvergütungssteuer steht uns ebenfalls bevor. Inzwischen sollen Veranlassungen von geschlossenen Vereinen gleichfalls der Steuer unterworfen werden, selbst wenn ein Eintrittsgeld nicht erhoben wird. Die Vorlage steht auf der Tagesordnung.

Eintrittspreis von 1 Mk. in Höhe von 15 Pf.
„ 8-9 „ „ 40 „
„ 8-9 „ „ 200 „

Erwähnt sei noch, daß die Steuer auch vor Konzerten, Vorlesungen, Sportveranstaltungen nicht fällt.

• Erhöhung der Zuckerteuer. Die bisherige Steuer von 14 Mark für einen Doppelzentner Zucker, die seit 1903 als reine Fabriksteuer erhoben wird, soll auf 80 Mark erhöht werden. Auf das Pfund Zucker würden damit an Steuer 15 Pfennig entfallen, d. h. fast soviel wie der Kaufpreis in Friedenszeiten betrug. Das Reichs-Schatzamt rechnet mit einer Mehreinnahme von 180 Millionen Mark, wobei zu beachten ist, daß bei dem Steuerhau von 14 Mark im Rechnungsjahre 1912-13 bereits über 181 Millionen Mark vereinnahmt worden sind gegen 156,6 Millionen Mark im Vorjahr. Gewissenshaft die Voraussetzungen des Reichsschatzamtes als zutreffend, zu wüßten wir mit einem Gesamtbetrag der Zuckerteuer — der Zuckerpoll kommt nicht wesentlich in Betracht — von 360 Millionen Mark rechnen können.

• In dem Transport der polnischen Truppen durch Deutschland hatte der Volksrat in Danzig an die Reichsregierung das Entschieden gestellt, wegen der bekannten Rufen des Generals Gallier und des sonstigen angenehmen Verhaltens der Polen von weiterer Verbringung polnischer Truppen Abstand zu nehmen. Von maßgebender Stelle wird dazu erklärt, daß der Transport auf bindenden Abmachungen beruht. Wegen der ausfallenden militärischen Bewegungen der Polen ist bekanntlich eine deutsche Anfrage an Marschall Foch geschickt worden. — Die Reichsregierung gedenkt vorläufig keine weiteren Maßnahmen zu ergreifen, falls nicht besondere, neu eintretende Umstände Veranlassung dazu geben sollten.

Aus In- und Ausland.

Berlin. Der ehemalige Reichskanzler Fürst v. Bülow kam am 3. Mai in der Stadt seinen 70. Geburtstag begangen. Hamburg. Die Gemeindegewählten in Barmen sind drei Wochen verstorben worden. Sie finden am 15. Juni statt.

Wien. Amstisch wird mitgeteilt, daß die Entente die Vertreter Deutsch-Oesterreichs für den 16. Mai zu einer Besprechung nach Versailles eingeladen hat.

Verfaßtes. Die Überreichung des Friedensvertrages

an die deutschen Delegierten in Versailles wird wahrscheinlich erst am Mittwoch, frühestens am Dienstag erfolgen, da sich die Fertigstellung abends verzögert hat.

Baris. Der Antrag auf Verschonung der Schulden am Weltkrieg fordert die Aburteilung von 28 namentlich der gezeichneten deutschen Seerührern und Politikern und ihre Auslieferung an die Verbündeten.

London. Die Reuter aus Washington meldet, daß das amerikanische Schatzamt weitere 50 Millionen Dollar zur Bezahlung der Entente von Munition und Lebensmitteln in Amerika geliehen.

Gegenregierung in Ungarn.

Sturz der Räteregierung in Budapest.

Die ungarische Räteregierung, deren Macht ohnehin nicht weit über Budapest hinausging, ist erledigt.

Die rote ungarische Armee acht bischöfliche zu den rumänischen Truppen über und kämpft innerhalb der rumänischen Armee im geschlossenen Verbande. In ihren Reihen hat sich eine ungarische Gegenregierung gebildet, in deren Spitze der ehemalige Minister des Innern Agron sowie andere ehemalige Regierungsmitglieder stehen. Sie sollen als rechtmäßige ungarische Regierung die Ordnung der Verhältnisse in die Hand nehmen.

Die in schneller Vornachricht befindlichen Entente- und rumänischen Heere haben die Räte in Budapest wissen lassen, daß sie jeden Volkskommisär, dessen sie habhaft werden, für das Leben und die Gesundheit jeder einzelnen Beileb halbtöt.

Flucht und bedingungslose Kapitulation der Räte.

Die Räteregierung ist mit der Entente in Verhandlungen getreten. Viele hat sich aber auf nichts eingelassen und fordert bedingungslose Unterwerfung, worauf die Räteregierung sofort eingegangen ist. Die „Volksbeauftragten“ haben nur noch um persönliche Sicherheit für sich und ihre Familien. Auch diese Bitte wurde von der Entente glatt abgelehnt. Darauf entschlossen sich die Räte für den Kampf zu bleiben und ergreifen die Flucht. Mit Sonderwagen, Autos, Flugzeugen usw. versuchen sie, unter der üblichen Mithahme öffentlicher Gelder ihr „teures“ Leben in Sicherheit zu bringen.

München befreit.

Schwere blutige Straßenkämpfe.

Berlin, 3. Mai.

Die Aktion der Regierungstruppen in München darf als beendet angesehen werden. Der erbitterte Befehl der bayerischen Staatsmacht gegen schwere blutige Straßenkämpfe voraus. Bewaffnete Spartakisten waren vielfach in die Bürgerwohnungen eingedrungen, hatten von dort aus den Hinterhalt auf die Regierungstruppen geschossen und dadurch die größte Erbitterung hervorgerufen.

Noch während des Kampfes haben Finanzminister Reuter und Arbeiterrat Keller durch die Straßen und gaben die Parole aus: Kampf bis aufs Messer. Die Spartakisten leisteten dann auch hartnäckigen Widerstand. Am heutigen Morgen erst waren die Kämpfe im Norden und Nordosten Münchens beendet. Die Zahl der Toten auf beiden Seiten beträgt über 200, die der Verwundeten über 400.

Die Erschießung der Geiseln.

Von der Regierung Hoffmann werden in Bamberg folgende Mitteilungen ausgegeben: Die kommunistischen Führer Galtzhofer, Landauer und andere sind verhaftet; sie werden ebenso behandelt werden, wie sie (entgegen anderen Gerüchten) die Geiseln behandelt haben, die in einer Anzahl von acht bis zehn im Ludwigs-Baumgarten erschossen worden sind. Galtzhofer wurde bereits händisch erschossen. An den Kämpfern beteiligten sich auch verheiratete Frauenpersonen. Unter den auf der Regierungseite Geiseln befindet sich auch General v. Nagel-Gäbber.

Unter den von den Spartakisten erschossenen Geiseln sollen sich der Prinz von Thurn und Taxis sowie die Gräfin Westarp befinden haben.

Falsche Gerüchte.

Die Nachricht, daß an dem Einmarsch der Reichstruppen in Bayern von der Reichsregierung gewisse Bedingungen geknüpft worden seien, trifft nicht zu. Von einer Eingliederung der bayerischen Truppe in die Reichsarmee, die als Bedingung genannt wurde, kann gar nicht die Rede sein. Die Regierung Hoffmann ist von sich aus entschlossen, das Reichswehrgebiet auch auf Bayern anzuwenden. Die Reichstruppen werden nur so lange in Bayern bleiben, als es die Regierung für notwendig erachtet, und sie werden sofort zurückgezogen, wenn die Ruhe und Ordnung wieder hergestellt ist.

Die Lage in Oberschlesien.

Die Arbeitspflicht für Oberschlesien, die durch den ver Mehrheitslosdemokratie angeordneten Staatskommissar Förling in Katowitz angeordnet wurde, hat ihre günstigen Wirkungen gehabt. Es bestand die Gefahr, daß das gesamte Wirtschaftsstreben Oberschlesiens lahmgelegt würde, daß die Gruben erloschen und die Hüttenbetriebe zum Stillstand kommen würden. Die Aufforderung erfolgt in der Weise, daß die Arbeiter einen Stellungsbefehl erhalten und zu der bestimmten Frist zu erscheinen haben. Der Aufforderung haben sofort 70 % der Streikenden

Hattgegeben, man nimmt aber an, daß auch die fehlenden 80 % sich schließlich zur Arbeit zurückkehren werden. Die Arbeitspflicht ist anscheinend das beste Mittel, um die Arbeitswilligen von der Vergeßlichkeit durch unläutere Elemente zu isolieren. Die Kommunisten fordern in Flugblättern und Reden zur Gründung einer oberdeutschen Arbeiterrepublik auf.

250 Schächte eröffnet.

Infolge des Vergabebestrebens sind in Rheinland und Westfalen 250 Kohlenflächte eröffnet; der Reichskohlenamt hat angeordnet, daß zunächst alle gasförmigen Brennstoffe an diejenigen Stellen zu liefern sind, welche selbst nicht fördern können, weil sie unter Wasser stehen. Die Brennstoffe sollen zur Inbetriebnahme der Pumpen verwendet werden. Es ist daher für die nächste Zeit keine Aussicht vorhanden, daß die Kohlenknappheit aufhört.

Einkauf norwegischer Serine.

Berlin. Die Verhandlungen zwischen der Deutschen und der norwegischen Regierung wegen Lieferung von norwegischen Serinen nach Deutschland sind beendet. Es wurde Einigkeit erzielt. Das Angebot umfaßt insgesamt 1350 000 Tonnen. Die Preise werden nunmehr den Regierungen zur Begutachtung vorgelegt.

Neue Forderungen der Ruhrbergleute.

Wesum. Die Arbeitsgemeinschaft der vier Bergarbeiterverbände hat an den Bechungen eine Eingabe gerichtet mit folgenden Forderungen: Lohnsteigerung, Ausgleich der Röhne, Verringerung der großen Lohnunterschiede, dreimalige Lohnzahlung im Monat, Erfüllung der Bergarbeiter auf Inanspruchnahme des Gebietes, Einführung eines Lohns für die Bergleute mit Fortzahlung des Lohnes, Einführung einer Kommission zur Prüfung der Frage der Sechstundentage, Schichtregulierung in Betriebspunkten mit hoher Temperatur, Ausdehnung des Unternehmertums im Bergbau.

Röste an die Studenten.

Berlin. Reichswehrminister Röste hat auf dem Konkrete von Vertretern der deutschen Studentenschaft eine Ansprache gehalten. In der er ausführte, der Ernst der Stunde, die gewaltige Bedeutung der kommenden Entscheidungslage machen es zur Pflicht, die Studentenschaft aufzufordern, unerschütterlich sich den Reichswehrverbänden anzuschließen. Dann erbat er die bisherige Zahl der Reichswehrformationen für noch nicht ausreichte, um gegen die allseitig aufkommenden Unruhen alle notwendigen Gegenmaßnahmen zu treffen. Des Ojpers der Studentenschaft sei er sich wohl bewußt, müsse es aber in Anbetracht der Lage fordern.

Die Einkämpfung in Schleswig.

Kopenhagen. „Nationaltidende“ will von gutunterrichteter Seite erfahren haben, daß die erste Abkündigung in Nord-Schleswig am 15. Juni und die in Mittelschleswig nach Wochen später stattfinden soll.

Das Schicksal Deutschlands für Frankreich.

Washington. Ein Diplomat in hoher amtlicher Stellung hat erklärt, daß das angeforderte englisch-französisch-amerikanische militärische Bündnis zur Unterhaltung von Truppen an der Rheingrenze zum Schutze Frankreichs zum Abschluß gelangt sei. Die Einzelheiten würden vorläufig geheim gehalten. Eine Verletzung der Meldung liegt bisher nicht vor.

Südafrika fordert!

London. Der Führer der südafrikanischen Nationalisten General Smuts erklärte, daß seine Partei die Wiederherstellung des Unrechts von 1902 fordere. Wenn die britische Regierung nicht geneigt sei, diese Wünsche zu erfüllen, werde die Deputation sich direkt an die Pariser Konferenz wenden.

Das Schicksal Deutsch-Ostafrikas.

Brüssel. Aus zuverlässiger Quelle wird berichtet, daß Deutsch-Ostafrika von fünf Großmächten verwaltet werden soll, nämlich den Vereinigten Staaten, England, Frankreich, Italien und Japan.

Besuch unserer Kriegsangehörigen in Frankreich.

Berlin. Frankreich hat es abgelehnt. Vertretern des deutschen Roten Kreuzes den Besuch der im zerstörten französischen Gebiet befindlichen deutschen Kriegsangehörigen zu gestatten. Deutscherseits wurde daraufhin gebeten, schweizerischen Delegierten den Besuch zu erlauben. Hierzu gaben die Franzosen ihre Zustimmung. Die schweizerischen Vertreter werden nunmehr demnächst die deutschen Kriegsangehörigen in dem früher besetzten Gebiete Frankreichs besuchen.

Wackensen bleibt in Gefangenschaft.

Span. Auf die vor Kurzem vorachachte erneute Bitte,

den in Ungarn internierten Feldmarschall Wackensen und seinen Stab freizugeben, ließ Marshall Foch mitteilen, daß Wackensen und sein Stab sich in vollkommener Sicherheit im Schloss Saint befinden und ihre Verhaftung zur Zeit nicht in Frage komme.

Die Opfer des 1. Mai in Paris.

Paris. Nach einer Bekanntmachung der Polizeipräsident hat die am 1. Mai zur Unterbrechung der Ordnung aufgebundene Truppe keine Patrouillen und die Polizei keine die Truppe oder die Polizei zurückzuführen. Vermutend sind 428 Polizeibeamte, davon zwölf schwer. Die meisten verhafteten Manifestanten sollen Ausländer sein.

Die Vergewaltigung Deutsch-Tirols.

Wien. Der Kabinettsrat sah eine Verletzung, der sämtlichen Entente-regierungen übermittelte werden soll, um in dem gegen Wilsens Wilsch, Deutsch-Tirol an Italien abzutreten, energisch protestiert wird. Die deutsch-österreichische Regierung hat beschlossen, in dieser Angelegenheit auch an Wilsen direkt eine Kundgebung zu senden.

Orlando feiert zurück!

Paris. Nach Meldungen aus Rom hat sich Orlando entschlossen, zur Unterzeichnung des Friedensvertrages mit Deutschland nach Paris zurückzukehren.

Aufstandsbewegung in Bulgarien.

Sofia. In ganzen Lande macht sich eine starke Bewegung gegen die Diktatur bemerkbar. Die Kommunisten, mit denen schon blutige Kämpfe stattfanden, wollen eine Sowjetregierung errichten.

Die südwestliche Offensive.

Paris. Die Mittelungen von dem Überschreiten der südwestlichen Truppen über die Demarkationslinie, das Vordringen gegen Nizza und Ragenfurt sowie die südwestlichen Kavallerie auf die Länge der Truppen stehenden italienischen Truppen haben in Paris mancherorts Aufsehen hervorgerufen. In Kreisen der Friedenskonferenz ist man über das Vorgehen der Südwesten bestürzt, da man immer noch die Hoffnung auf eine friedliche Beilegung des Konflikts gehabt hatte.

Verschiedene Meldungen.

Berlin. Auf Vorschlag der preussischen Regierung in Dr. Joffe aus Vosen am Samstagabend für die Diktator in der Friedenskonferenz ernannt worden. Er reist nach Versailles ab.

Wien. Der ehemalige Erzherzog Eugen, der „Duchener des Deutschmeisterbergs“, der bis zum Jahre 1917 den Oberbefehl auf dem italienischen Kriegsschauplatz geführt hatte, hat sich nach der Schweiz begeben.

Stockholm. Die schwedische Marineverwaltung schlägt vor, daß Schweden für eine Million Minenjuchtschiffe in Deutschland erwerben soll.

Berlin. Der Reichsanzeiger veröffentlicht einen Erlass betreffend die Auflösung des Reichsmilitärums für wirtschaftliche Demobilisierung.

Berlin. Das Land in Nizza steht mit jedem Tage. Schnelwende von Menschen aller Nationen, die bissh, nur mit der notwendigen Kleidung, auf den Dampfern ausgepackt sind, müssen zugrunde geben, wenn nicht schleunigst Hilfe kommt.

London. Aus der Mitteilung eines englischen Regierungsvertreters geht hervor, daß England das Recht einer Kontrolle über den gesamten deutschen Schiffsraum für sich in Anspruch nimmt.

London. Die „Times“ meldet, daß die Stimmung in Irland immer erhiteter werde und daß die Regierung sofort handeln müsse, wenn sie die Streik nicht zur förmlichen Gewalt treiben wolle.

Stockholm. Laut „Montebelungen“ soll der schwedische Konul in Nizza von der Polizei verhaftet worden sein.

Petersburg. Die russische Regierung hat die Arbeitslosenunterstützung eingestellt.

Washington. Von den Rostbeförden wird bekanntgegeben, daß in Belkanden hebrige Söllennmaschinen entdeckt wurden, die an hochstehende Beamte, darunter Rabbatsmitgliedern gerichtet waren.

Schwerer Schneefall in England. Die ganzen britischen Inseln sind von einem schweren Schneefall heimgegriffen worden, wie er seit Menschengedenken nicht mehr zu verzeichnen war. Der Schneeeindug ging parallel mit einer eiligen Temperatur und starken Winden. Der Telegraphenverkehr mit dem Kontinent und dem Innern des Landes hatte stark zu leiden.

Aus der Heimat — für die Heimat.

Wetterhefte. 5. Mai 1919.

Wetterausichten für Dienstag, den 6. Mai: Vorwiegend heiter, trocken, ziemlich warm, böige Winde.

(Gestern pünktlich um 4 Uhr, begann nach langer Zeit wieder unser Frühlingsmarkt, der vom herrlichsten Wetter begünstigt war. Es ist, als habe der Frühling, der uns bisher so sehr vernachlässigte, seinen ganzen Reichtum an Licht, Wärme und heiteren Frohsinn für dieses Volksfest aufbewahrt. Alte und Junge, ledere natürlich in der Mehrzahl, hatten auch seinen Lodungen nicht widerstehen können und waren herbei geströmt nach dem Wetterheider Markt. Wenngleich auch noch nicht die Hälfte der Buden, die sonst in Friedenszeiten unsern Marktplatz ausfüllten, vorhanden war, und der lustige Karperle, die äußerst verlockend duftenden „Heiß heiß“ und nicht zu guter Letzt die weltberühmte „Dame ohne Unterleib“ und das Hanielmannsche Panorama, in dem man das wohlgelegene Konteree des großen Raubmörders Sternickel neben den Gesichtsbildern anderer edler Menschenfreunde studieren konnte, fehlte, so war doch für Vergnügungen aller Orte gesorgt.

Ununterbrochen dreht sich mit lautstallender Musik die beiden Karussells, die ständig von einer großen Menge zahlreicher umlagert waren. Zu den viel besuchten Schieß- und Glühbuden hat sich heute morgen noch eine Ledereribude gesellt, die auf unsere Reiten wahrlich die größte Anziehungskraft ausüben wird. Alle Mängel unseres diesjährigen Marktes aber werden vollauf wieder gutgemacht durch die Freuden, die „Hau den Lukas“, eines unserer ältesten und zugleich beliebtesten Volksbelustigungen, bereitet.

Seute morgen fand natürlich wie früher der Viehmarkt auf Thalers Weide statt, der ebenfalls — auch von auswärtigen Gändlern — stark besucht war. Es standen etwa 50 Stück Hornvieh und 150 Schafe zum Verkauf. Der Handel, besonders mit Windisch, gestaltete sich für die „hochbeente Tied upitums“ ziemlich flott. Für Quenen wurden 1500 bis 2000 Mark, für tragende Kühe 2000 bis 2600 Mark bezahlt. Wegen des Ausfuhrverbots sind die Preise für Schafschlammern bedeutend gefallen, Schlammern erzielen durchweg nur 100 bis 125 Mark, Bodschlammern 100 Mark.

Maientan und Maientagen. Nach altem Volks glauben sind Maientan und Maientagen ein „ganz besonderer Saft“ und haben daher in Brauch, Sitte und Überlieferung von je eine bedeutende Rolle gespielt. Der Landmann sieht sie gern: „Mal kühl und naß, fällt dem Bauern Schauer und Naß“, sagt eine der bekanntesten Bauernregeln, und was den Maientan betrifft, so heißt es: „Maientan macht grün die Lu“ und „Maientan und Aprilregen verheben reichen Erntegehen.“ Die Wichtigkeit dieser alten Bauernweisheit ist ja leicht zu erkennen und nachzuvollziehen, aber darüber hinaus hat der Volks glaube den Maientan und dem Maientagen allerlei wunderartige Kräfte beigegeben, was seinen Ursprung wohl in der Erfahrung hat, daß sie dem Gedeihen und dem Wachstum helfen und fördern sind. In manchen deutschen Gegenden pflegten die Landmädchen den Maientan zu sammeln und ihn über die Schultern zu schütten, um einen guten Mann zu bekommen. Dem Maientan ins Auge gestreut wird, der steht alles mit den Augen des Liebe, wie denn auch bei der Verehrung von Liebesstrahlen der Maientan nicht fehlen durfte. Auch als Schönheitsmittel ist er allbekannt. Dem Maientagen wiederum wird eine allgemeine Fähigkeit beigegeben, das Wachstum zu beschleunigen, und aus diesem Grunde laufen die Kinder, wenn im Mai der Himmel seine Schleusen öffnet, eilends auf die Straße, um im Regen zu tanzen. Mit Vorliebe gehen sie barfuß, doch hat die Volksüberlieferung im Havellande hiergegen das Bedenken, daß das Barfuß tanzen im Maientagen nur dann ergiebig sei, wenn der Fuß auf das Boden aus gibt. Darum heißt es dort: „Ruckst, tread die Strünne ut!“ Im übrigen aber geht die allgemeine Volksanschauung dahin, daß Maientagen gleichsam vom Himmel ausgehen und nicht naß machen.

Nur Lustnunft über einen Verwandten namens Francis Kingston. „Das muß ein Irrtum sein. Man besitzt überhaupt keine Verwandten, außer einer alten Tante in Nordengland, bei der sie erogen wurde.“

Wo lebt diese Dame? Wie heißt sie? „In Durham. Es ist eine Witwe namens Esther Ramsdale.“

Glauben Sie, daß Fräulein Mafenzie sich vielleicht zu ihr begeben hat?

Nein. Sie fühlte sich niemals glücklich bei Mrs. Ramsdale. Der engherzige puritanische Geist im Hause dort war der stärkste Antrieb für Man, sich selbständig zu machen, wie sie mir oft erzählte. Nein, nach Durham glaube ich nicht, daß sie gegangen ist.“

Vielleicht reiste sie nach Berlin zurück?

Auch das glaube ich nicht. Berlin war ihr unsympathisch. Ihr Engagement im Wintergarten, das sie abschloß, ehe sie meinen Sohn kennenlernte, ist zu Ende. Sie hatte ihre Wohnung bereits gefunden und ihr Gewand war zur Abreise fertig, als die Trauerhochzeit sie erreichte.

Aber wohin kam sie denn heim?

Ich weiß es nicht!

Hat sie denn Mittel zum Leben?

Das wohl. Sie lebte sehr sparsam und ihre Kunst trug ihr viel ein in den letzten zwei Jahren. Es war ihr ganzes Stolz, daß sie sich bereits ein kleines Kapital erspart hatte, um ihre Lustnunft zu betreiben. Vermögen bringe ich dir keines an, sagte sie einmal zu ihm, aber unter künftiges Heim kam ich in jeder Weise standesgemäß auszustatten.“

Es war Meinert klar, daß er alles erfahren hatte, was die alte Dame selbst wollte. Er empfahl sich also und beschloß, sein Glück anderswo zu versuchen.

Vielleicht hatte Herr von Buchlau eine Vermutung. „Mindestens“, dachte er, „muß er mir Einblick in den Brief gegeben haben, der ihn veranlaßte seine Reise abzubrechen. Fragen etwas von Wichtigkeit muß doch darin stehen, sonst hätte Buchlau doch auch nicht auf die Selbstmordtheorie verfallen können!“

(Fortsetzung folgt)

Zwischen Haß und Liebe.

Roman von Erich Cbenstein.

(Nachdruck verboten.)

10 Er verankert in tiefes Nachdenken. Frau von Eichbergs Blicke glitten in nervöser Unruhe umher.

„Gerade jetzt mußte sie mich verlassen, wo ich ihrer so sehr bedurft hätte“, murmelte sie bitter, „aber es ist, als hätte niemand mehr Mitleid mit einer alten Frau... auch Buchlau war so sonderbar. Anders als sonst. Sonst würde er mir wenigstens den letzten Brief nicht vorzuenthalten, den ich an ihn schrieb.“

Meinert wurde wieder aufmerksamer.

„Von welchem Brief sprechen Sie, gnädige Frau?“

„Von einem Schreiben, das mein Sohn vor einigen Wochen an seinen Freund richtete und das Herrn von Buchlau in Kairo traf, gerade am dem Tage, da er nach dem Sudan abreisen wollte. Es mußte etwas Besonderes darin gestanden haben, denn Buchlau entschloß sich daraufhin sofort zur Rückkehr. Was es aber ist, will er mir nicht sagen, ja es schien ihm sogar zu reuen, daß er jenes Briefes überhaupt erwähnte.“

„Das klingt ja recht geheimnisvoll! Vielleicht wollte er mit Fräulein Mafenzie darüber sprechen?“

„Möglich. Er sprach so konfus — es kam mir vor, als wollten seine Gedanken überhaupt ganz anderswo. Und wissen Sie, was mich noch beunruhigt?“

„Nun?“

„Buchlau deutete an, daß er beim Tod meines armen Sohnes eher an Selbstmord, denn an ein Verbrechen denke, obwar er gar keine Erklärung für diese seltsame Annahme geben konnte oder wollte und die übrigen Gissendungen als völlig unbegründlich und rätselfalt ansetzt. Auch Sie deuteten gestern ähnliches an. All dies beunruhigt mich... ich kann es mir gar nicht erklären... wie kann man nur denken —“

„Man sollte eben jede Möglichkeit ins Auge, gnädige Frau! Aber Sie sollten sich darüber keine Gedanken machen!“

„Sie haben recht“, die unglückliche alte Frau seufzte tief auf, „nichts kann ja mir meinen armen Sohn wieder geben!“

„Neben Sie auch diese Andeutungen Herrn von Buchlaus Fräulein Mafenzie mitgeteilt?“

„Ja. Aber sehen Sie — gerade dabei befremdete mich Man's Weisen zum letzten Male. Sie war weder erstaunt, noch ärgerlich, sondern lachte ganz oberflächlich auf, als ginge uns diese Sache gar nichts an... Sie meinte nur: „So — das sagte er? Nun, ich hätte es mir ja denken können!“

Woblich legte sie die Hand auf die Stirn, stand auf und murmelte: „Du erlaubst, daß ich zu Vette gehe, Mama? Mir ist... gar nicht wohl...“ Sie sah schrecklich blaß aus dabei, und ehe ich antworten konnte, war sie verschwunden. Seute morgen fand ich sie bereits völlig zur Hölle angeffelt auf ihrem in der Nacht gepackten Koffer sitzend.“

Die alte Dame blinnte schon um sich und setzte dann erschauernd hinzu: „All dies ist seltsam, nicht wahr? Wie Geistesfieber, die im Dunkel ringsum ihr Weisen treiben, ohne daß man ergründen könnte, wer sie sind und was ihr Treiben bedeutet... und manchmal fand mich seit heute früh eine wahre Todesangst...“

Sie schweig und wachte sich mit dem Taschentuch über die blasse Stirn, auf der kleine Schweißperlen glänzten. Meinert ergriff mitleidig ihre Sand. Die alte Frau in ihrer Verlassenheit tat ihm unendlich leid.

„Sie dürfen sich wirklich nicht so aufregen, liebe, gnädige Frau! Was fürchten Sie denn noch? Wovor haben Sie Todesangst?“

„Daß durch all dies Schreckliche der arme Man Verstand verlieren soll... daß auch meine Vermunft sich trüben könnte. Mir wird doch schon jetzt, als verstände ich die anderen nicht mehr, als mißtraue ich allen...“

„antwortete Frau von Eichberg flüsternd.

Der Detektiv blinnte forschend und betroffen in ihr Anfs. Da schlug sie plötzlich wie beschämt die Augen nieder und sagte hastig: „Verzeihen Sie — ich weiß nicht mehr, was ich rede. Sprechen wir von andern Dingen. Sie wollten Man treffen. Was wollten Sie von ihr?“

Der Ammerländer

(Zersprecher Nr. 5.)

erschient täglich mit Ausnahme des Tages nach Sonn- und Feiertagen.

Preis für Vierteljahr durch die Post bezogen 3,22 Mark, zum Abholen von der Post 3,00 Mark. Die Postanstalten und Landbriefträger nehmen Bestellungen entgegen. Anzeigengebühr für die einpolige Kleinzeile (oder deren Raum) für Auftraggeber aus dem Herzogtum Oldenburg 20 Pfg., für außerhalb des Herzogtums wohnende 25 Pfg. Kleinanzeigen kosten 75 Pfg. Die Zeit für die Rückgabe unverlangt eingesandter Geschäftsbriefe wird keine Verbindlichkeit übernommen. — Jedes Anrecht auf Rabatt geht verloren, wenn Anzeigen-Gebühren durch gerichtliche Mitteilungen eingezogen werden müssen. — Eingekaufte Briefe bei Aufgabe der Inseraten werden nach Möglichkeit berücksichtigt, eine Gewähr für den verlangten Platz wird jedoch nicht übernommen.

Nr. 105

Wetterstede, Mittwoch den 7. Mai 1919.

59 Jahrgang

Männer der Tat.

Jede Revolution hat bisher auf ihren Vorden einen Begleitenden emporgeworfen. Einen Mann der Tat. Wenn die Zeit der großen Reben vorbei war, erlind der Vetter, der dem Vorkrieg ein Ende machte. Aufeinander sind die Reiten aber andere geworden. Bei uns und im übrigen Mittel- und Osteuropa herrscht noch immer die kinnende Räte. Von Weimar, von Dönnitz, von Moskau sind eine Reihe wunderbarer Auftritte an das Volk oder gar an die ganze Welt hinausgegangen. Mit Worten läßt sich trefflich streiten, mit Worten ein Gebild bereiten, heißt es im Faust. Nur kommt man damit nicht vorwärts. Auch der Bolschewismus oder Marxismus, der seinen Namen daher hat, daß er das Maximum aller sozialistischen Forderungen aller Zeiten auf Anhieb in die Wirklichkeit umsetzen möchte, auch diese bolschewistische „Alles- oder Nichts“-Partei hat bisher nur Wortführer, nicht Taterführer hervorgebracht.

Unter der Herrschaft des Wortes leiden wir alle. Auch in Deutschland glaubt man vielfach mit Worten allein den Staat retten zu können. Weiter der Debatte sind viele, Rat wissen viele, ein ganzes Heer von Räten steht uns zur Verfügung, aber die Räte reihen aus, wenn es ernst wird. Kein Mensch wird sich von einem Väter ein Paar Stiefel machen lassen oder bei einem Rechtskonsulenten Stellung für seine Lungenerkrankung suchen. In solchen Dingen fragt man den Sachmann, in öffentlichen Angelegenheiten scheint das jetzt nicht mehr notwendig zu sein.

Statten handelt vorläufig ganz anders. Das römische Parlament ist so nationalistisch, daß es nahezu einstimmig sich auf die Seite des Ministers Orlando gestellt hat, der den Gewaltfrieden auf das ganze Adriatische Meer ausdehnen und das ungewalttätige sozialistische Rumänien amittieren will. „Der Bolschewismus ist eine krankhafte Begeisterung“, hat der französische Marschall doch gesagt, „an uns kommt er nicht heran“. Darin scheint er bis jetzt Recht zu behalten. Die deutsche Revolution kommt auf ihrem Weg ein solches selbstbewusstes Wort nicht mitnehmen, da sie die Grundtatsache eines verlorenen Krieges ausarbeiten muß. In ganz Deutschland haben wir allein Tausende von neuen Väter erhalten, die es früher nicht gab und für die wir recht viel Gehalt ausgeben müssen.

Wenn das einen neuen Wachstum und nicht bloß einen neuen Steuerwuchs bedeutete, so wollten wir damit schon zufrieden sein. Aber die Macht der revolutionierten Staaten in Europa ist bestenfalls schwache Einkerbung. Der Bolschewismus vermag ebenso, wie die von Frankreich entlassenen rein sozialistischen Regierungen. Die Unruhen haben lediglich erreicht, daß die kleinen umliegenden Nationen, das Litauen und Lauenen und Serben jetzt das Land überfluten; das alte Reich der Magyaren wird zertrümmert.

Wieland ist die Revolution aus nationalen Gründen mitgemacht worden. Man sagte sich: es gibt dann eine Weltrevolution. Dann ist das Land gerettet. Das ist ein Irrtum gewesen, etwa so, als wenn einer sich selber krank machen wollte, in der Hoffnung, den Gegner anzukönnen. Gleich nach dem Ausbruch der Revolution verbreitete der Telegraph die Nachricht, auf hoher See hätte die deutsche und die englische Kriegsmarine unter der roten Flagge sich verbrüdet. Dann ließ es die französische Armee habe gemuert und das Mittelmeer eingeführt. Dann wurden wir mit der unruhigen Nachricht beglückt, in Italien sei die Revolution ausgebrochen und der König Viktor Emanuel ermordet. Alles Worte, nichts als Worte.

Dah dabe zahlreich und folgenschwere Fehler, auch in der Auswahl der Personen, gemacht wurden, läßt sich nicht bestreiten. An die Spitze unserer Friedensabordnung hat man zum Glück einen wirklichen Diplomaten gestellt, den Grafen v. Brockdorff-Rantzau, so daß wir wenigstens in Versailles wenigstens über das zweckentsprechende Mittel verfügen.

Das Meer der Räterepublik Vapern hat in diesen Tagen ebenso verlagert, wie das Räterepublik Ungarns. Darnach haben die Völen eine Armee ganz nach altem System aufgestellt und führen sich insofern sehr. Wir haben vollauf damit zu tun, die Brände im Innern zu löschen, und nun drohen neue Gefahren an der Grenze. In diesen Tagen brauchen wir Männer der Tat, nicht des Wortes. Diese Männer müssen die Kraft besitzen, die Volksgewalt zur Arbeit anzufeuern. Dann dürfen wir mit besserer Hoffnung in die Zukunft sehen.

Germanicus

Eine schlimme Rechnung.

Es steht schlecht um unsere Finanzen, das wissen wir alle. Nicht erst seit heute und gestern. Schon Herr Schiffer hat, als er noch Reichsfinanzminister war, dem deutschen Volke darüber ganz klare Worte eingebracht. Aber der Überblick, den sein Nachfolger, Herr Dernburg, am Freitag vor der Berliner Handelskammer über den gegenwärtigen Stand unserer Finanzen an die Wand pinfelte, übertrifft denn doch selbst die schlimmsten Erwartungen noch um ein Vielfaches.

Um nur ein Beispiel zu nehmen: im April wurde der Gesamtbedarf des Haushalts für 1919 auf rund 19 Milliarden beziffert; heute, wenige Wochen später, ist er bereits auf 23 Milliarden angewachsen — wohl verstanden der innere Bedarf des Reiches, also unerrechnet die Milliarden, zu denen wir uns jetzt noch in Versailles werden begeben müssen. Aber um das gleich vorwegzunehmen: Herr Dernburg erklärt es für ganz undenkbar, daß wir uns eine Kriegsschuld von 125 Milliarden frank wölben aufleihen lassen können, denn schließlich hat ja wohl alles seine Grenzen. Wenn wir jetzt sieben Milliarden an neuen Steuern aufrufen sollen — und das liegt in der Tat in der Absicht der Reichsfinanzverwaltung —, wenn wir eine Kriegsschuld von 125 Milliarden auferlegen haben, wenn unser Volkswirtschaften in den hinter uns liegenden Kriegsjahren erheblich zurückgegangen, unsere Arbeitskraft nach den schrecklichen Verlusten gesunken ist, unsere Arbeitsmittel: Grund und Boden, Maschinen, Eisenbahnen in schädlichster Weise heruntergewirtschaftet sind, dann ist es eine Sinnlosigkeit, Sondergerichte zu stellen. Der Grad unserer Leistungsfähigkeit nach den Verhältnissen, Wissen und Zuständen der Friedenszeit ist nicht zu wollen. Wir dürfen das untere Feld mit um so größerer Verechtigung vorhalten, als sie selbst es gemein sind, die uns durch die Entfesselung des Weltkrieges über den ganzen Erdball hin, durch Verhängung und rückwärtslose Durchführung der Völkerei bis zu diesem Augenblick in diese jammervolle Lage gebracht haben. Jetzt sind wir soweit, wie sie uns haben wollen, daß wir ganz und gar auf ihre Gnade und Ungnade angewiesen sind. Dann sollen sie sich aber auch nicht der Unverschämtheit schuldig machen, uns so zu behandeln, als hätten wir noch große Reichtümer zu vergeben. Nein, das einzige Kapital, das wir noch nicht verloren haben, ist unsere Arbeit. Und zwar unsere zukünftige Arbeit, also eigentlich nur die Lust auf Arbeit, die sich augenblicklich nur durch Kredit in reale Werte umsetzen läßt. Aber natürlich nicht am unsere Schuldlosigkeit zu erhellen, sondern um an unsern schätzbar gewordenen Wirtschaftskreislauf neues Blut zuzuführen. Lebensmittel und Rohstoffe muß die Reichslandschaft uns herbeischaffen, damit unser Volk erst wieder arbeitsfähig wird. Das ist das A und O aller Finanzweisheit für jetzt, der zuerst mit deutschen Verhältnissen sich abfinden muß.

Aber was soll nun werden, zunächst in diesem Jahre? Wie schon gesagt, liegen für etwa 7 Milliarden Steuererlöse bereit; dieser Segen wird uns nicht erspart bleiben. Vermögensabgabe und Kriegsgewinnsteuer sollen, natürlich auf Jahre verteilt, rund 60 Milliarden abwerfen, obwohl auch Herr Dernburg zugeben muß, daß die Kriegsgewinne sich zum großen Teil bereits verflüchtigt haben. Das der Tabak noch ärger als bisher aus wird „bluten“ müssen, wird nur so nebenher etwas kühnly angedeutet — was verflüchtigt jetzt auch ein einzelnes Steuerobjekt gegenüber dem Mißstand, der gebildet werden muß! Aber die laufenden Einnahmen des Reiches, die Erträge seiner eigenen Betriebe, alles in allem genommen dürfen wir im Höchstfall auf eine Einnahme von 18 Milliarden rechnen, während wir sicheren Ausgaben von rund 17½ Milliarden gegenüberstellen. Bleibt also ein ungeheurer Bedarf von 4½ Milliarden! Herr Dernburg stellt Vergleiche an: unter Bedarf, sagt er, ist erheblich größer als sämtliche Einkommen der steuerpflichtigen Einzelpersonen in Preußen über 2100 Mark. Oder: das Gesamtinkommen aller Preußen, abgesehen von denen, die unter der Minimalgrenze von 900 Mark geblieben sind, betrug nach der vorletzten Veranlagung 19 Milliarden; wie tief werden wir also in diese Einkommen, und namentlich in die hohen Einkommen, einsinken müssen, wenn wir erzielen wollen, was wir brauchen. Und das alles versteht sich unter normalen Arbeits- und Wirtschaftsverhältnissen, unter geordneten Zuständen im Volk und im Reich. Aber wie weit sind wir noch von diesen Selbstverständlichkeiten entfernt. Herr Dernburg weist nur auf die ungeheure Gefährlichkeit hin, die in den künftigen Jahren eintreten wird, so keine Steuern mehr bezahlt, keine Abgaben mehr entrichtet werden — wie sehr hätte die Liste der Abnormitäten sich verlängern lassen! Und wird es, kann es besser werden im Lande, wenn es so weit kommt, daß, wie der Reichsfinanzminister andeutet, auf die höchsten Steuererlöse eine Gesamtbelastung bis zu zwei Dritteln des Einkommens gelegt werden muß? Können wir uns etwa damit befassen, daß wir unsere Kriegsschulden und Hinterbliebenen hungern lassen, oder daß wir die Kriegsanleihen nicht mehr verzinsen, in denen doch 3. B. die Bekannte unserer Sportarten, also das Verlangen gerade der mittleren und kleineren Volksschichten mit etwa 40 % angelegt sind? Nein, wir müssen die Lasten aufbringen, so oder so. Dazu brauchen wir eine geordnete Finanzverwaltung, und diese läßt sich wieder nur innehalten, wenn wir von unseren Feinden nicht bedrängt, sondern schonam beherrscht und unterstützt werden.

Herr Dernburg kommt zu der Weisheit festem Schluß: Die Gemeinamkeit der Völler ist kein leeres Wort. Sie selbst können es nicht viel weniger deutlich als wir, an ihrem eigenen Geldbeutel. Bleibt doch in dem eben veröffentlichten englischen Vorschlag für 1919 ein Fehlbetrag von 6½ Milliarden zu bedenken. Das ist selbst für britische Verhältnisse keine Kleinigkeit. Und nun erst Frankreich, Italien! Wir haben vor einer schlimmen

Rechnung. Wer wer sie noch hoffnungslos gestaltet wollte, als sie schon aussteht, der würde sich selbst ins eigene Fleisch schneiden. Das sollte man in Versailles nicht vergessen.

— * Berlin, 5. Mai. Unsere Gegner schieben den Termin der Uebergabe der Friedensbedingungen immer weiter hinaus, angeblich, wie der „Temps“ erklärt, wegen schwerer Bedenken gegen die Gültigkeit der Vollmachten unserer Delegierten, in Wahrheit aber nur, weil sich unsere Feinde noch nicht ganz untereinander über die unerhörten Forderungen der einzelnen von ihnen einigen können. Unsere Friedensdelegation, die sich nicht länger eine solche unmögliche Verhandlung gefallen lassen kann, erhielt auf eine Anfrage, wann die Friedensbedingungen den Delegierten bekanntgegeben werden sollen, da Minister Landsberg und Giesberts bei noch längerer Verzögerung des Termins abreisen müßten, von Clemenceau die Antwort, daß es den beiden Herren ja freistünde, abzureisen. Unsere Delegation beschloß daraufhin nach längerer Verhandlung, daß die beiden Minister abreisen, falls der Termin der Bekanntgabe der Friedenspräliminarien bis heute abend 5 Uhr nicht bekanntgegeben ist.

Es handelt sich hier um ein bekümmertes Gesicht an unsere Feinde, endlich einmal klar und deutlich auszusprechen, ob die Friedensbedingungen in absehbarer Zeit übergeben werden sollen oder nicht.

— w Versailles, 5. Mai. Auf die Anfrage der deutschen Delegierten, wann das Friedensdokument überreicht werden würde, ging am Nachmittag die Antwort ein, daß die Uebergabe am 7. Mai, nachmittags 3 Uhr, im Trianonpalast Hotel stattfinden werde.

— * Versailles, 5. Mai. Heute nachmittags um 4 Uhr begannen im Trianonpalast die ersten Verhandlungen wegen der Rohstoffe.

— * Haag, 5. Mai. Aus Paris wird gemeldet: Wenn die Deutschen nicht innerhalb 14 Tagen den Vorfrieden unterzeichnen, werden die Alliierten den Befehl zum weiteren Vormarsch in Deutschland geben. Die deutsche Regierung soll gezwungen werden, die Bedingungen anzunehmen. Ein für diesen Vormarsch ausgearbeiteter Plan liegt bereits vor und ist von den Heerführern der Entente genehmigt worden. Die Truppen der Alliierten sollen von den Brückenköpfen Köln, Koblenz, Mainz und Straßburg in Deutschland einrücken, während in der Zwischenzeit die Konferenz über weitere Maßnahmen beschließen wird.

— w Amsterdam, 5. Mai. Einem drahtlosen Bericht der Niederländischen Telegraphenagentur aus Washington zufolge wird vom Kriegsrat bestätigt, daß nach der Unterzeichnung des Friedensvertrages amerikanische Truppen nicht länger in Deutschland bleiben sollen, als durch die Schiffs-transporte bedingt wird. Man hofft, alle in Europa befindlichen amerikanischen Truppen im September nach den Vereinigten Staaten zurückgebracht zu haben.

— * Zürich, 5. Mai. Nach einer Pariser Meldung versichert man in diplomatischen Kreisen, daß Wilson beabsichtigt, eine Erklärung über die Japan in Schantung eingeräumten Vorrechte zu veröffentlichen. Clemenceau und Lloyd-George hätten empfohlen, Japan nicht zu stark zu reizen, da dieses sich möglicherweise Deutschland anschließen würde. Japan soll an England und Frankreich ein förmliches Ultimatum gerichtet und die beiden Mächte aufgefordert haben, den Vertrag von Schantung unbedingt zu achten, selbst auf die Gefahr eines Bruches mit den Vereinigten Staaten hin.

Frankfurt a. M., 3. Mai. Am gestrigen Nachmittag veranfaßten in Versailles Schüler der Pariser höheren Schulen vor den Toren der deutschen Delegation eine Kundgebung, indem sie vorbismarckierten und immer wieder Clemenceau riefen.

Basel, 3. Mai. Die Absicht der Alliierten, in Genf einen Staatsgerichtshof zur Beurteilung des Deutschen Kaisers einzurichten, löst in Schweizer führenden Kreisen auf energigehigen Widerpruch. Man hält es mit der Ehre der Schweiz für unannehmbar, ein solches Strafgericht auf ihrem Gebiet zu dulden. Die Schweiz könne sich in keinem Falle zur Polizei der Sieger herabwürdigen.

Saaa, 3. Mai. Die Gerichte vom dem unmittelbar bevorstehenden Abbruch eines Bündnisses zwischen Frankreich, England und Amerika treten immer bestimmter auf. Eine Militärkonvention soll bereits dem Abschluß nahe sein.

Berlin, 3. Mai. Nach Mitteilungen des französischen Generals Dupont an den Reichsminister Erbsberger scheint die Gefahr einer polnischen Offensive nicht zu bestehen.

Budapest, 3. Mai. In höchster Bedrängnis hat die Räteregierung einen Aufruf zur Mobilisierung des gesamten Proletariats erlassen. Die Rote Armee befindet sich zum größten Teil in voller Auflösung. Die Arbeiterklasse ist entschlossen, Budapest aufs äußerste zu verteidigen.